Euro-Rettung: Eine Zwischenbilanz

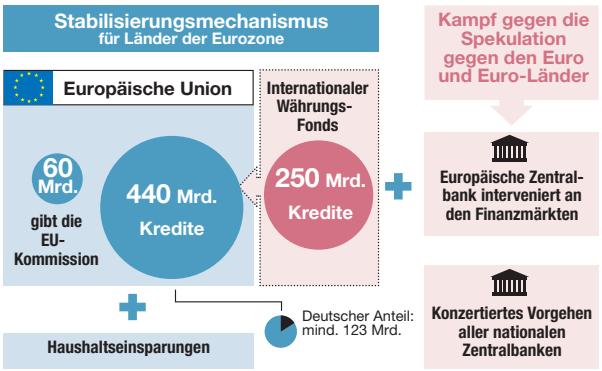
Schroedel aktuell

Politik / Wirtschaft / Geschichte — Blatt 1

Die Eurokrise begann im Oktober 2009 mit der Bekanntgabe des griechischen Staatsdefizits und den daraus im Jahr 2010 resultierenden Hilfsmaßnahmen durch die EU. Im Wesentlichen sind zwei Maßnahmen zur Rettung des Euro hervorzuheben:

M1 Der ESM

750 Milliarden Euro zur Rettung von Europas Währung



M2 Der Fiskalpakt

Kern des Vertrages zwischen EU-Staaten ist die Einführung einer **Schuldenbremse**, mit dem **Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne neue Kreditaufnahme**

Maastricht-Kriterien (Neuverschuldung max. 3% des BIP, Schulden max. 60% des BIP) bleiben bestehen

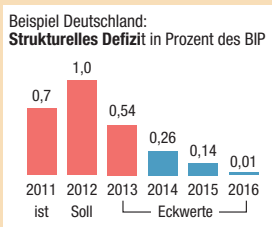
- **Die Schuldenbremse muss in nationales Recht umgesetzt werden**, sie soll möglichst in der Verfassung verankert werden.

Sanktionen bei mangelnder Umsetzung:
Bei Verstoß kann der Unterzeichnerstaat vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt werden – es droht eine Geldbuße von 0,1% des BiP

- **Das jährliche strukturelle Defizit darf maximal 0,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen**
  Wenn der nationale Schuldenstand unter 60% des BIP liegt, darf das strukturelle Defizit bis zu 1% des BIP betragen

  Ausnahmen: Außergewöhnliche Ereignisse wie z. B. Naturkatastrophen oder schwere Konjunkturschwankungen

Strukturelles Defizit:
Das um konjunkturelle Effekte sowie um einmalige und befristete Maßnahmen bereinigte öffentliche Defizit



- **Nur bei Einhaltung des Fiskalpaktes sind Hilfszahlungen aus dem ESM-Rettungsfond möglich**

- **Vertragsstaaten, deren strukturelles Defizit den Grenzwert überschreitet**, müssen in Abstimmung mit der EU-Kommission gegensteuern

Automatische Sanktionen:
In mehreren Stufen, die nur mit Mehrheitsvotum gestoppt werden können

M3 Drei Optionen für die Euro-Rettung

1. Von allen Varianten zur Lösung der Krise ist eine Fiskalunion die radikalste. In einer solchen Union würden die Mitgliedsländer der Euro-Zone auf ihre haushaltspolitische Souveränität weitgehend verzichten. Ob Steuern, Sozialausgaben, Subventionen oder die Höhe der Schulden – alles müsste von Brüssel genehmigt werden.
Im Gegenzug würde aber auch die Schuldenaufnahme vergemeinschaftet. Es gäbe also keine deutschen und spanischen Schuldpapiere mehr, sondern Gemeinschaftsanleihen. Für die Krisenländer würden die Zinsen sinken, für stabile Staaten wie Deutschland würden sie steigen. (…)
2. Die Bankenunion: (…) Es gäbe keine deutschen oder spanischen Banken mehr, sondern nur noch europäische. Der Vorteil: Banken und Staaten wären nicht mehr länger aneinander gefesselt. Derzeit müssen in Europa die Mitgliedsländer einspringen, wenn ihre Banken in Gefahr sind. Das überfordert viele Staaten – und weil die Finanzinstitute viele der dann maroden Staatsanleihen halten, geraten sie noch mehr unter Druck. Wenn das fehlende Kapital von außen käme, wäre der Teufelskreis durchbrochen.
Das Problem: Ein Bankenrettungsfonds wäre ebenfalls mit einer Vergemeinschaftung von Risiken verbunden. Er würde von allen Mitgliedsstaaten mit Finanzmitteln ausgestattet werden, sodass die Länder mit stabilen Banken für jene mit schwachen Instituten haften.
3. Es gibt in Europa eine Geldquelle, die nie versiegt: Die Europäische Zentralbank (EZB). Sie druckt sich das Geld selbst und muss als unabhängige Instanz dafür noch nicht einmal die Zustimmung der Parlamente einholen. (…) Die Notenbank könnte das Geld noch billiger machen – und sie könnte es auch den Staaten direkt zur Verfügung stellen, indem sie beispielsweise deren Anleihen aufkauft.
Der Charme einer solchen Lösung: Sie lässt sich schnell und unbürokratisch umsetzen – und die EZB kann Krisenländern zumindest in der Theorie die Hilfen ebenso schnell wieder entziehen, wenn diese sich nicht an die Regeln halten. Während sich die Staaten bei einer Banken- oder Fiskalunion also langfristig binden, verspricht die Zentralbank maximale Flexibilität. Allerdings ist die Notenbank für solche Aufgaben weder gemacht noch legitimiert. (…) Dazu kommt: Auch Eingriffe der EZB führen zu einer Vergemeinschaftung von Risiken. Wenn die Frankfurter Währungshüter Verluste machen, weil sie die Anleihe eines Staates kauften, der seine Schulden nicht mehr bedienen kann, haften die Anteilseigner. Das aber sind die nationalen Notenbanken, allen voran die Deutsche Bundesbank.
Trotzdem ist die Bundesregierung bereit, eine aktive Rolle der EZB zu tolerieren, solange die Krisenstaaten ihre Reformen umsetzen.

Aufgaben zum Thema

1. Erkläre mithilfe der Grafiken M1 und M2 die bisherigen Hauptmaßnahmen zur Rettung des Euro und beurteile sie.
2. Ermittle aus dem Text M3 die Optionen für die Euro-Rettung und erläutere die jeweiligen Hauptkennzeichen.
3. Diskutiert über die Vor- und Nachteile der in M3 genannten Möglichkeiten.
4. Nehmt in Form eines Zeitungskommentars Stellung zu der Forderung, dass die Probleme in der Euro-Zone nur durch die Gründung der „United States of Europe“ gelöst werden können.

Aktualitätenservice Juni 2012 / © Schroedel, Braunschweig

Euro-Rettung: Eine Zwischenbilanz

Schroedel aktuell

Politik / Wirtschaft / Geschichte Lösungsblatt

Allgemeine Hinweise

Die Rettungspolitik für den Euro begann im Mai 2010, als zunächst Griechenland Kredite in Höhe von 110 Milliarden Euro für drei Jahre gewährt wurden. Dafür gab es keine neue Behörde, es handelte sich um bilaterale Kredite. Der Internationale Währungsfonds (IWF) übernahm 30 Milliarden Euro, der Rest wurde unter den damals solventen Euro-Ländern aufgeteilt. Nur wenige Tage danach hatten aber auch andere Euro-Staaten (Portugal, Spanien, Irland) Probleme, so dass die Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder am 7. Mai 2010 einen Rettungsschirm für die gesamte Eurozone einrichteten. Es entstand die „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität" (EFSF).

Didaktische und methodische Hinweise

Vorliegendes Arbeitsblatt soll den Schülern anhand zweier Grafiken (M1 und M2) die bisherigen Maßnahmen zur Rettung des Euro erklären. Dass diese nicht genügen werden, zeigen die in M3 vorgestellten Optionen zur Euro-Rettung, die trotz ihrer Unterschiedlichkeit eines gemeinsam haben: Die Vergemeinschaftung von Schulden bzw. finanzieller Risiken, die die Bundesregierung bisher immer verhindert hat.

Lösungshinweise zum Arbeitsblatt

Aufgabe 1: Funktionsweise des ESM (M1): Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) soll den Euro retten, indem insgesamt 750 Mrd. Euro durch die EU-Kommission (60 Mrd.), die einzelnen Länder der Euro-Zone (440 Mrd., davon 123 Mrd. aus Deutschland) und den IWF (250 Mrd.) aufgewendet werden, um aus diesem Fonds Gelder an bedürftige Euro-Länder (derzeit Griechenland, Irland, Portugal und Spanien) in Form von Krediten zu vergeben. Hinzu kommen Haushaltseinsparungen durch die kreditnehmenden Länder, Interventionen der EZB (im Bedarfsfall) sowie ein konzertiertes Vorgehen aller Nationalbanken.

Funktionsweise des Fiskalpaktes: Mithilfe des Fiskalpaktes soll die Schuldenpolitik der einzelnen Länder des Euroraumes eingedämmt werden. In Zukunft sollen die Staaten einen ausgeglichenen Haushalt (maximale Schuldenaufnahme in Höhe von 0,5 % des BIP) aufweisen können, womit die Neuaufnahme von Krediten obsolet wird. Bei mangelnder Umsetzung kommt es zu Strafmaßnahmen (z.B. Strafzahlungen). Weiterhin wird künftig nur noch den Staaten von der Gemeinschaft geholfen, die auch den Fiskalpakt einhalten.

Aufgabe 2: 1. Option = Bildung einer Fiskalunion; Hauptkennzeichen:
- Verzicht auf die haushaltspolitische Souveränität durch die Nationalstaaten
- Vergemeinschaftung der Schuldenaufnahme
- sinkende Zinsen für Krisenländer, steigende für stabile Staaten

2. Option = Bankenunion; Hauptkennzeichen:
- Schaffung europäischer Banken
- Trennung von Nationalstaaten und Banken bzw. der Verantwortlichkeit der Staaten für die Banken
- Vergemeinschaftung von Risiken

3. Option = Einsatz der EZB; Hauptkennzeichen:
- flexibler Einsatz ohne Zustimmungspflicht durch die Nationalstaaten
- schnelle und unbürokratische Hilfeleistungen
- Vergemeinschaftung von Risiken

Aufgabe 3: Die Diskussion sollte frei und ergebnisoffen erfolgen. Klar werden sollte allerdings, dass es in allen Fällen auf eine Vergemeinschaftung von Schulden oder zumindest von finanziellen Risiken hinausläuft, bei denen auch stabile Staaten wie z. B. Deutschland für instabile Staaten wie z. B. Griechenland haften müssen.

Aufgabe 4: Ein Zeitungskommentar sollte neben der inhaltlichen Komponente auch die formalen Kriterien erfüllen:
- klarer Standpunkt zum Thema
- Information, Argumentation und Appell, also nicht nur Darstellung und Erklärung eines Sachverhalts, sondern auch Beurteilung
- begründete Meinung mit überzeugenden Argumenten
- Polemik, zum Beispiel durch Ironie oder Übertreibung, ist erlaubt, Schmähungen und Beleidigungen hingegen nicht
- Aufforderung zu Lösungen des Problems am Ende

Ein Beispiel für einen Kommentar zum Thema bietet:
http://www.zeit.de/politik/2011-09/survey-united-states-of-europe

Weiterführende Links

Eine Chronologie zu den Ereignissen bieten:
http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euro/2010-06-04-chronologie-euro-stabilisierung.html

http://www.tagesschau.de/wirtschaft/chronologiefinanzmarktkrise100.html

Einen Artikel zur Thematik findet man unter:
http://www.zeit.de/2012/23/Europa-Finanzkrise-Wachstum

Eine Karikatur zum Thema bietet:
http://www.oliverschopf.com/html/d_archiv/archivpolkar/archiv_europa/euro_waehrungspolitik/euro_buss_bruecke.html

Aktualitätenservice Juni 2012 / © Schroedel, Braunschweig